



Deutsche Umwelthilfe



GREENPEACE



Die nächsten vier Jahre für eine echte Mobilitätswende nutzen

10-Punkte-Papier von Klima- und Umweltverbänden zu den Koalitionsverhandlungen

Der sozial-ökologische Umbau des Verkehrssektors vom klimapolitischen Problemfall zu nachhaltiger Mobilität ist eine der zentralen Herausforderungen der neuen Bundesregierung. Gelingt hier keine sofortige und weitreichende Wende, wird das Erreichen der Klimaziele unmöglich. Es bedarf deshalb einer deutlichen Reduktion des motorisierten Individualverkehrs und des Flugverkehrs sowie der Stärkung von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Dafür sind eine verbesserte Infrastruktur und eine Überarbeitung der Pkw-zentrierten Rechts- und Subventionslage erforderlich. Auch der Güterverkehr und hier insbesondere die Schifffahrt sowie der Schwerlastverkehr müssen endlich auf einen Paris-kompatiblen Pfad geführt werden, die Bahn ist als klimafreundliche Alternative erheblich und dauerhaft zu stärken. Neben den positiven Effekten für Umwelt und Klima trägt ein solcher Wandel zusätzlich zu lebenswerteren Städten, verbesserter Sicherheit mit weniger Toten (Vision Zero) und dem Gesundheitsschutz durch eine bessere Luftqualität bei.

Leider wird das Ergebnis der Sondierungen zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP der großen Transformationsaufgabe im Verkehr noch nicht gerecht. Wir kritisieren insbesondere folgende Leerstellen:

- Impulse für eine soziale Verkehrswende fehlen fast gänzlich, obgleich der Zugang zu erschwinglicher und zugleich klimafreundlicher Mobilität ein wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe ist.
- Schienen-, Fuß- und Radverkehr sowie die Notwendigkeit der Verkehrsvermeidung kommen gar nicht oder kaum zur Sprache.
- Die klima- und sozialpolitische Weiterentwicklung der nationalen CO₂-Bepreisung wird nicht thematisiert.
- Ein schnellstmöglicher Ausstieg aus Pkw mit Verbrennungsmotoren wird durch den Verweis auf den möglichen Einsatz von synthetischen Kraftstoffen konterkariert.
- Nationale Maßnahmen, die zu einem raschen Rückgang des Anteils von Diesel und Benzinern führen, wie etwa eine Neuzulassungssteuer, eine E-Auto-Quote oder eine grundsätzliche Reform der Dienstwagenbesteuerung, fehlen bislang völlig.
- Mit der Absage an ein generelles Tempolimit verzichten die Sondierer*innen zudem auf ein unmittelbar wirksames Instrument, das ideal als Klimaschutzs Sofortmaßnahme dienen würde.
- Der im Ansatz positive Prüfauftrag für den Abbau umwelt- und klimaschädlicher Subventionen muss zu einem klaren Plan weiterentwickelt werden, da Subventionen insbesondere im Verkehrsbereich oftmals klimapolitische Anstrengungen konterkarieren.

In den Koalitionsverhandlungen kommt es jetzt auf einen klimapolitischen Aufbruch im Verkehrsbereich an. Das Ergebnis der Sondierungsgespräche muss an zentralen Stellen weiterentwickelt und folgende zehn Punkte im Koalitionsvertrag verankert werden:

1. Eine **Investitionsoffensive in den Umweltverbund**, um in Stadt und Land die Schieneninfrastruktur, den ÖPNV in Gänze sowie den Rad- und Fußverkehr zu fördern. Die Finanzierung dafür ist u.a. aus dem Straßenneubau umzuwidmen.
2. Die **Verdreifachung der Investitionen für den Ausbau des Schienennetzes**, um den Deutschlandtakt umzusetzen und ein umfassendes europäisches Langstreckennetz von Tag- und Nachtzügen zu schaffen. Der Bahnverkehr muss grundsätzlich deutlich kostengünstiger werden als die Nutzung von Pkw oder Flugzeugen.
3. Ein grundlegender **Umbau des Bundesverkehrswegeplans** zu einem integrierten Mobilitätsplan auf Basis eines konsequent am Klimaschutz ausgerichteten **Bundesmobilitätsgesetzes**.
4. Eine **Reform der autozentrierten Straßenverkehrsordnung**, um die Straßen für den Rad- und Fußverkehr sicherer zu machen.
5. Eine verursachergerechtere und deutliche **Anhebung der CO₂-Bepreisung** mit einem kontinuierlichen Preisanstiegspfad als Teil eines klugen Maßnahmenmixes. Der deutliche Anstieg des CO₂-Preises muss über eine Klimaprämie kompensiert werden und insbesondere Menschen mit geringem Einkommen entlasten.
6. Ein schrittweiser **Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen** bis 2025, einschließlich der Steuerbefreiung für Kerosin, der Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge sowie des Dienstwagen- und des Dieselprivilegs.
7. Die Einführung einer wirksamen **CO₂-basierten Zulassungssteuer** für klimaschädliche Neuwagen sowie eine starke **Anhebung der Kfz-Steuer**, die bei Neuwagen auf dem Gewicht sowie den CO₂-Emissionen der Fahrzeuge basiert.
8. Ein **Zulassungsstopp für Pkw mit Verbrennungsmotoren** vor 2030, inklusive Plug-in-Hybriden. Der Antriebswechsel hin zu sparsamer Elektromobilität muss ohne Umwege über E-Fuels und biogene Kraftstoffe erfolgen.
9. Ein sofortiges **Moratorium für den Aus- und Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen**.
10. Ein **generelles Tempolimit** von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts.

Nur wenn jetzt die Weichen für eine konsequente Mobilitätswende gestellt werden, kann die nächste Legislaturperiode ein klimapolitischer Erfolg werden. Liebe Verhandlerinnen und Verhandler, es liegt in Ihren Händen. Wir zählen auf Sie – für eine klimafreundliche und lebenswerte Zukunft.

Stand: 22.10.2021